Foto: Colourbox.de

dbb Bürgerbefragung Öffentlicher Dienst

Einschätzungen, Erfahrungen und Erwartungen der Bürger

2025

dbb beamtenbund und tarifunion

forsa.

dbb Bürgerbefragung „Öffentlicher Dienst 2025“

Der öffentliche Dienst aus Sicht der Bevölkerung

forsa Gesellschaft für
Sozialforschung und
statistische Analysen mbH

Gutenbergstraße 2
10587 Berlin

Telefon 030 62882-0
E-Mail info@forsa.de

7. August 2025
F25.0078.02/45074 Le, Gü

forsa.

Inhaltsverzeichnis

Datengrundlage 1

Zusammenfassung 2

1 Handlungs- und Leistungsfähigkeit des Staates 3

2 Meinungen zu den Kosten des öffentlichen Dienstes 16

3 Bewertung verschiedener Einrichtungen der öffentlichen Hand 18

4 Das Beamtenprofil 19

5 Das Ansehen einzelner Berufsgruppen 20

6 Die wichtigsten Aufgaben des Staates 23

forsa.

Datengrundlage

Im Auftrag des dbb beamtenbund und tarifunion hat forsa Gesellschaft für Sozialforschung und statistische Analysen mbH auch im Jahr 2025 untersucht, wie der öffentliche Dienst und seine Leistungen von den Bürgerinnen und Bürgern in der Bundesrepublik wahrgenommen werden.

Die Erhebung fand im Juli 2025 statt. Befragt wurden 2.011 repräsentativ ausgewählte Bürgerinnen und Bürger. Wie bereits seit 2020 wurde die Erhebung online mithilfe des forsa.omninet-Panels durchgeführt, einem für die deutsche Online-Bevölkerung ab 14 Jahren repräsentativen Panel mit derzeit über 150.000 Teilnehmern. Die Auswahl der Befragten erfolgte offline nach einem systematischen Zufallsverfahren, das sicherstellt, dass die befragten Bürgerinnen und Bürger ein Spiegelbild der Gesamtbevölkerung in Deutschland darstellen.

Die ermittelten Ergebnisse können lediglich mit den bei allen Stichprobenerhebungen möglichen Fehlertoleranzen (im vorliegenden Fall +/- 2,5 Prozentpunkte) auf die Gesamtheit der Bevölkerung übertragen werden.

Um auch Hinweise auf Entwicklungen und Veränderungen im Zeitverlauf zu erhalten, werden die Ergebnisse der diesjährigen „dbb-Bürgerbefragung Öffentlicher Dienst“ auch – soweit möglich - mit den in den Vorjahren ermittelten Befunden verglichen.

forsa.

Zusammenfassung

Im Laufe der Regierungszeit der „Ampel"-Koalition ist das Vertrauen zu vielen staatlichen Institutionen, das während der Corona-Krise – anders als heute in der politischen Diskussion unterstellt – recht hoch war, drastisch zurückgegangen. Dieser Vertrauensverlust hat auch wieder Einfluss auf die aktuellen Ergebnisse der Bürgerbefragung „Öffentlicher Dienst". So glauben noch mehr Bürgerinnen und Bürger als schon im Vorjahr, dass der Staat gegenwärtig nicht mehr in der Lage ist, seine Aufgaben zu erfüllen, sondern damit überfordert ist. Diese Überforderung wird nicht nur bei der Bewältigung der durch die Migration verursachten Probleme gesehen, sondern auch bei der Steuer- und Finanzpolitik, der Schul- und Bildungspolitik oder bei den sozialen Sicherungssystemen.

Wenig Hoffnung besteht zudem bei den Bundesbürgern, dass die neue Bundesregierung aus Union und SPD die Leistungsfähigkeit des Staates stärker fördern wird als die bisherige Regierung aus SPD, Grünen und FDP. Dabei müsste die Verbesserung der Leistungsfähigkeit nach Meinung der Bundesbürger auf allen politischen Ebenen – Kommunen, Land und Bund – gleichermaßen erfolgen. Um die Arbeit der Behörden zu verbessern, sollten nach Meinung der Befragten vor allem die vielen Vorschriften verringert und vereinfacht sowie die Bearbeitungszeiten verkürzt werden. Dass die zunehmende Digitalisierung die Leistungsfähigkeit des Staates verbessern wird, glaubt rund die Hälfte der Bundesbürger, über zwei Fünftel aber sind da eher skeptisch.

Das gesunkene Vertrauen in die Handlungsfähigkeit des Staates macht sich auch bei dem bei den Bürgern vorhandenen Bild der Beamten bemerkbar: Fast alle positiven Eigenschaften, die man mit Beamten verbinden kann, werden den Beamten aktuell weniger häufig als bisher zugeordnet.

forsa.

1 Handlungs- und Leistungsfähigkeit des Staates

Das Vertrauen in die Fähigkeit des Staates, seine vielfältigen Aufgaben und Probleme erfüllen bzw. lösen zu können, ist auch in diesem Jahr wie bereits in den letzten Jahren seit einem „Vertrauens-Hoch“ in der Anfangsphase der Corona-Pandemie 2020 weiter rückläufig und liegt aktuell nur noch bei 23 Prozent.

73 Prozent der Bundesbürgerinnen und Bundesbürger hingegen meinen, der Staat sei angesichts der Fülle seiner Aufgaben und Probleme überfordert.

Etwas höheres Vertrauen in die Handlungsfähigkeit des Staates haben lediglich die Beamten sowie die Anhänger der Union, der SPD und der Grünen.

forsa.

Meinungen zur Handlungsfähigkeit des Staates

		Der Staat ist in Bezug auf seine Aufgaben und Probleme	
		in der Lage, sie zu erfüllen	überfordert
		%	%
insgesamt	2019	34	61
	2020	56	40
	2021	45	51
	2022	29	66
	2023	27	69
	2024	25	70
	2025	23	73
Ost		17	79
West		24	71
18- bis 29-Jährige		27	66
30- bis 44-Jährige		20	76
45- bis 59-Jährige		17	78
60 Jahre und älter		25	70
Öffentlich Beschäftigte:	insgesamt	24	74
	Beamte	43	56
	Tarifbeschäftigte	19	78
Hauptschule		16	78
mittlerer Abschluss		19	74
Abitur, Studium		29	69
Anhänger der:	CDU/CSU	34	63
	SPD	40	55
	Grünen	42	52
	Linke	33	64
	AfD	4	95

an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

forsa.

Auf die konkrete, ohne Antwortvorgaben gestellte Nachfrage, mit welchen Aufgaben der Staat derzeit überfordert sei, nennen die Befragten auch in diesem Jahr eine Vielzahl von Bereichen und Problemen.

Wie bereits im letzten Jahr meinen die vergleichsweise meisten derjenigen Befragten, die glauben, der Staat sei überfordert, dass der Staat derzeit vor allem mit der Asyl- und Flüchtlingspolitik überfordert sei (30 %).

16 Prozent sehen den Staat bei den sozialen Sicherungssystemen bzw. der Rente, 15 Prozent bei der Schul- und Bildungspolitik, 13 Prozent bei der Steuer- und Finanzpolitik, 12 Prozent im Bereich innere Sicherheit, 11 Prozent bei der Gesundheitsversorgung als überfordert an.

Im Vergleich zum letzten Jahr werden häufiger (ein Plus von 3 oder mehr Prozentpunkten) genannt: die Steuer- und Finanzpolitik, die sozialen Sicherungssysteme bzw. die Rente, die soziale Gerechtigkeit, Infrastruktur und eine mangelnde Bürgernähe.

Weniger häufig (ein Minus von 3 oder mehr Prozentpunkten) werden genannt: die Energieversorgung, der Klima- und Umweltschutz, die Schul- und Bildungspolitik und die Lage am Arbeitsmarkt.

forsa.

Überforderung des Staates

Der Staat ist bei folgenden Aufgaben überfordert:	2019	2020	2021	2022	2023	2024	2025
	%	%	%	%	%	%	%
Energieversorgung	2	1	4	17	7	6	3
Steuer- und Finanzpolitik	7	10	8	9	6	8	13
Preisentwicklung, Inflation	-	-	-	6	4	1	2
Wirtschaftspolitik	1	7	5	5	5	8	7
Klima- und Umweltschutz	13	10	20	15	17	12	7
Schul- und Bildungspolitik	24	22	19	13	19	19	15
Kinderbetreuung	7	3	3	2	5	3	4
soziale Sicherungssysteme, Rente	12	12	11	12	7	11	16
soziale Gerechtigkeit	11	9	11	11	12	7	10
Lage am Arbeitsmarkt	4	4	2	3	4	7	3
Wohnungs- und Immobilien-markt	7	3	3	2	3	6	5
Gesundheitsversorgung	12	11	10	11	13	10	11
Asyl- und Flüchtlingspolitik	19	20	15	10	26	30	30
innere Sicherheit	17	14	10	7	10	13	12
Justiz und Rechtsprechung	7	9	8	4	3	3	5
Verteidigung, äußere Sicherheit	3	3	3	5	5	7	5
Digitalisierung	4	4	8	6	5	4	4
Infrastruktur	7	5	6	4	5	6	9
Verkehrspolitik	5	4	6	3	4	5	4
mangelnde Nähe zu den Bürgern	6	6	4	5	8	5	8
Bürokratieabbau	7	2	4	4	5	8	9
Überforderung generell	6	4	6	10	9	6	5
weiß nicht	20	14	16	18	18	19	23

Basis: Befragte, die den Staat als überfordert ansehen; offene Abfrage;
Prozentsumme größer 100, da Mehrfachnennungen möglich; dargestellt sind Nennungen ab 3 Prozent

forsa.

Ähnlich wie in den letzten Jahren glaubt weiterhin nur eine Minderheit der Befragten (12 %), dass die Leistungsfähigkeit des öffentlichen Dienstes in den letzten Jahren größer geworden sei. Deutlich mehr Befragte (47 %) glauben, die Leistungsfähigkeit sei eher geringer geworden. 31 Prozent sehen keine Veränderung bei der Leistungsfähigkeit des öffentlichen Dienstes.

Dass die Leistungsfähigkeit des öffentlichen Dienstes in den letzten Jahren abgenommen hat, meinen in überdurchschnittlichem Maße die Anhänger der AfD.

Meinungen zur Leistungsfähigkeit des Staates

		Die Leistungsfähigkeit des öffentlichen Dienstes ist im Vergleich zu den letzten Jahren		
		größer	gleich groß	geringer
		%	%	%
insgesamt	2019	17	41	34
	2020	17	44	32
	2021	15	41	38
	2022	13	33	46
	2023	11	35	45
	2024	12	31	46
	2025	12	31	47
Öffentlich Beschäftigte:	insgesamt	23	29	40
	Beamte	21	42	34
	Tarifbeschäftigte	24	26	41
Anhänger der:	CDU/CSU	14	39	43
	SPD	16	33	40
	Grünen	12	39	36
	Linke	11	41	35
	AfD	10	21	60

an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

forsa.

Nur eine Minderheit der Bürgerinnen und Bürger (22 %) ist der Meinung, dass die neue Bundesregierung aus CDU, CSU und SPD die Leistungsfähigkeit des Staates stärker fördern wird als die bisherige Regierung aus SPD, Grünen und FDP.

Deutlich mehr Befragte (70 %) glauben, dass sich auch mit der neuen Bundesregierung nicht viel an der Leistungsfähigkeit des Staates ändern wird.

Lediglich die Anhänger der Unionsparteien sind mehrheitlich davon überzeugt, dass die neue Regierung die Leistungsfähigkeit stärker fördern wird als die bisherige Regierung.

forsa.

Verbesserung der Leistungsfähigkeit durch die neue Bundesregierung?

		Die neue Bundesregierung wird die Leistungsfähigkeit des Staates stärker fördern als die bisherige Regierung	
		ja	nein, es wird sich nicht viel ändern
		%	%
insgesamt		22	70
Ost		13	82
West		23	68
Männer		27	68
Frauen		17	73
18- bis 29-Jährige		17	66
30- bis 44-Jährige		18	74
45- bis 59-Jährige		18	75
60 Jahre und älter		27	69
Im Öffentlichen Dienst Beschäftigte:	insgesamt	18	75
	Beamte	33	65
	Tarifbeschäftigte	14	77
Anhänger der:	CDU/CSU	63	34
	SPD	19	73
	Grüne	14	83
	AfD	6	92
	Linke	6	88

an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

forsa.

Über die Hälfte aller Befragten (56 %) ist der Meinung, dass die Leistungsfähigkeit des Staates auf allen drei Ebenen, also sowohl auf kommunaler als auch auf Landes- und Bundesebene, verbessert werden müsste.

13 Prozent sind der Ansicht, die Leistungsfähigkeit müsste vor allem auf kommunaler Ebene, also bei den Stadt- und Gemeindeverwaltungen, verbessert werden. 6 Prozent meinen dies von den Behörden auf Landesebene, 19 Prozent von den Behörden auf Bundesebene.

Auf welchen Ebenen müsste die Leistungsfähigkeit verbessert werden?

Die Leistungsfähigkeit des Staates müsste in erster Linie verbessert werden:	insgesamt
	%
bei den Stadt- und Gemeindeverwaltungen	13
bei den Behörden auf Landesebene	6
bei den Behörden auf Bundesebene	19
bei allen	56

an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

forsa.

85 Prozent der Befragten halten vor allem eine deutliche Verringerung und Vereinfachung der vielen Vorschriften bei den Behörden für wichtig. 79 Prozent meinen dies von einer deutlichen Verkürzung der Bearbeitungszeiten.

66 Prozent wünschen sich ein vermehrtes Angebot von Dienstleistungen, die online erledigt werden können, 58 Prozent eine klarere Regelung der Zuständigkeiten der einzelnen Behörden.

Deutlich weniger Befragte halten eine verstärkte Schulung der Beschäftigten im öffentlichen Dienst (das meinen 33 %) oder eine Verlängerung der Öffnungszeiten der Behörden (31 %) für wichtig.

Ein vermehrtes Online-Angebot von Dienstleistungen wünschen sich vor allem die Anhänger der Grünen und der Linkspartei.

Wichtige Verbesserungen

Es halten folgende Verbesserungen bei den Behörden vor allem für wichtig:	insgesamt	Anhänger der:				
		CDU/CSU	SPD	Grüne	AfD	Linke
	%	%	%	%	%	%
eine deutliche Verringerung und Vereinfachung der vielen Vorschriften	85	91	84	82	87	78
eine deutliche Verkürzung der Bearbeitungszeiten	79	81	75	77	80	84
ein vermehrtes Angebot von Dienstleistungen, die online erledigt werden können	66	67	66	79	57	80
eine klarere Regelung der Zuständigkeiten der einzelnen Behörden	58	62	56	53	57	58
eine verstärkte Schulung der Beschäftigten im öffentlichen Dienst	33	28	35	31	24	42
eine Verlängerung der Öffnungszeiten der Behörden	31	29	25	20	41	28

Prozentsumme größer 100, da Mehrfachnennungen möglich

forsa.

Über die Hälfte der Befragten (53 %) meint, dass die zunehmende Digitalisierung die Leistungsfähigkeit des Staates (sehr) viel verbessern wird. 43 Prozent allerdings sind da weniger optimistisch – sie glauben nur an geringe (32 %) oder nur wenige (11 %) Verbesserungen der Leistungsfähigkeit durch die Digitalisierung.

An eine Verbesserung der Leistungsfähigkeit des Staates durch die zunehmende Digitalisierung glauben vor allem die Beamten.

Einfluss der Digitalisierung auf die Leistungsfähigkeit des Staates

		Die zunehmende Digitalisierung wird die Leistungsfähigkeit des Staates verbessern			
		sehr viel %	viel %	etwas %	nur wenig
insgesamt		18	35	32	11
Ost		14	34	36	12
West		18	35	31	11
18- bis 29-Jährige		20	33	33	8
30- bis 44-Jährige		21	37	26	12
45- bis 59-Jährige		14	31	35	15
60 Jahre und älter		15	37	35	10
Im Öffentlichen Dienst Beschäftigte:	insgesamt	11	39	32	15
	Beamte	16	52	25	7
	Tarifbeschäftigte	10	36	34	17
Anhänger der:	CDU/CSU	24	41	27	6
	SPD	20	45	28	6
	Grüne	29	39	26	4
	AfD	10	26	37	23
	Linke	20	39	34	5

an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

forsa.

42 Prozent der Befragten haben mit den Online-Diensten der öffentlichen Verwaltung bisher alles in allem (sehr) gute Erfahrungen gemacht. 30 Prozent haben hingegen weniger gute bzw. schlechte Erfahrungen damit gemacht.

Erfahrungen mit den Online-Diensten der Verwaltung

		Mit den Online-Diensten der öffentlichen Verwaltung haben bisher alles in allem Erfahrungen gemacht	
		(sehr) gute	weniger gute/schlechte
		%	%
insgesamt		42	30
Ost		41	33
West		43	29
Männer		45	31
Frauen		40	28
18- bis 29-Jährige		48	24
30- bis 44-Jährige		46	28
45- bis 59-Jährige		42	31
60 Jahre und älter		39	31
Im Öffentlichen Dienst Beschäftigte:	insgesamt	51	27
	Beamte	61	9
	Tarifbeschäftigte	48	30
Anhänger der:	CDU/CSU	51	22
	SPD	47	19
	Grüne	54	21
	AfD	31	42
	Linke	45	34

an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“ bzw. „keine Erfahrungen“

forsa.

Von denjenigen, die bisher (sehr) gute Erfahrungen mit den Online-Diensten der öffentlichen Verwaltung gemacht haben, geben 18 Prozent an, gute Erfahrungen mit den Online-Diensten der Kfz-Zulassung bzw. Fahrerlaubnis gemacht zu haben. Jeweils 16 Prozent haben mit kommunalen Verwaltungsdiensten bzw. Terminvereinbarungen allgemein gute Erfahrungen gemacht, 14 Prozent mit Online-Dienstleistungen im Bereich von Ausweisdokumenten.

Gute Erfahrungen mit welchen Online-Diensten der Verwaltung?

	%
Kfz- und Fahrerlaubnis	18
kommunale Verwaltungsdienste	16
Terminvereinbarung allgemein	16
Ausweisdokumente	14
Steuerliche Angelegenheiten (Elster, Finanzamt)	13
Meldewesen	7
Familien- und Sozialleistungen	6
Antragsstellung allgemein	3
weiß nicht / keine Angabe	29

Basis: Befragte, die (sehr) gute Erfahrungen mit den Online-Diensten der öffentlichen Verwaltung gemacht haben;
offene Abfrage, Mehrfachnennungen möglich; dargestellt sind Nennungen ab 3 Prozent

forsa.

Von denen, die eher schlechte Erfahrungen mit den Online-Diensten oder öffentlichen Verwaltung gemacht haben, geben 14 Prozent kommunale Verwaltungsdienste, 13 Prozent die Kfz-Zulassung bzw. Fahrerlaubnis und 11 Prozent Ausweisdokumente an.

Schlechte Erfahrungen mit welchen Online-Diensten der Verwaltung?

	%
kommunale Verwaltungsdienste	14
Kfz- und Fahrerlaubnis	13
Ausweisdokumente	11
Terminvereinbarung allgemein	8
Anträge, Formulare allgemein	8
Steuerliche Angelegenheiten (Elster, Finanzamt)	7
Familien- und Sozialleistungen	5
Ordnung, Sicherheit und Justiz	4
Antragsstellung allgemein	3
Meldewesen	3
weiß nicht / keine Angabe	36

Basis: Befragte, die weniger gute bzw. schlechte Erfahrungen mit den Online-Diensten der öffentlichen Verwaltung gemacht haben;
offene Abfrage, Mehrfachnennungen möglich; dargestellt sind Nennungen ab 3 Prozent

forsa.

2 Meinungen zu den Kosten des öffentlichen Dienstes

Aktuell meinen deutlich mehr Befragte als zuletzt (50 %, + 7 Prozentpunkte im Vergleich zu 2024), dass der öffentliche Dienst die Steuerzahler zu viel Geld koste. 41 Prozent sehen dies nicht so.

Überdurchschnittlich häufig finden Arbeiter und Selbständige sowie die Anhänger der AfD, dass der öffentliche Dienst die Steuerzahler zu viel Geld koste. Von den Beschäftigten im Öffentlichen Dienst selbst meinen dies jeweils nur wenige.

forsa.

Meinungen zu den Kosten des öffentlichen Dienstes

		Der öffentliche Dienst kostet die Steuerzahler zu viel Geld	
		ja	nein
		%	%
insgesamt	2016	31	64
	2017	33	64
	2018	32	66
	2019	48	46
	2022	45	49
	2023	44	50
	2024	43	48
	2025	50	41
Ost		57	32
West		48	43
18- bis 29-Jährige		41	45
30- bis 44-Jährige		53	40
45- bis 59-Jährige		53	38
60 Jahre und älter		51	41
Arbeiter		60	27
Angestellte		53	40
Selbständige		69	25
Öffentlich Beschäftigte:	insgesamt	32	59
	Beamte	30	66
	Tarifbeschäftigte	33	58
Anhänger der:	CDU/CSU	49	47
	SPD	34	57
	Grünen	26	63
	Linke	33	59
	AfD	76	19

an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

forsa.

3 Bewertung verschiedener Einrichtungen der öffentlichen Hand

Den Befragten wurden verschiedene öffentliche Einrichtungen genannt mit der Bitte, die Arbeit dieser Einrichtungen anhand von Schulnoten von 1 bis 6 zu bewerten.

Weiterhin schneiden die Straßenreinigung bzw. Müllabfuhr sowie die Bibliotheken (jeweils 2,0) und die Museen (2,1) am besten ab.

Landes- bzw. Bundesministerien (3,7 bzw. 3,9) sowie Arbeits- und Sozialämter (3,6 bzw. 3,8) werden im Vergleich zu den anderen Behörden schlechter bewertet.

Die Bewertung der Arbeit der verschiedenen Behörden fällt insgesamt etwas weniger positiv aus als noch im vergangenen Jahr.

Bewertung einzelner Behörden

	Es vergeben die Schulnote (Mittelwert)						Veränderung zu 2024
	2020	2021	2022	2023	2024	2025	
Straßenreinigung, Müllabfuhr	1,7	1,8	1,9	2,0	1,9	2,0	- 0,1
Bibliotheken	1,9	1,9	2,0	2,0	2,0	2,0	0
Museen	2,0	1,9	2,1	2,1	2,0	2,1	- 0,1
Hallenbäder, Freibäder	2,4	2,4	2,5	2,5	2,4	2,6	- 0,2
Polizei, Kriminalpolizei	2,3	2,4	2,5	2,5	2,4	2,5	- 0,1
Kindergärten	2,2	2,2	2,4	2,5	2,5	2,5	0
Fachhochschulen, Universitäten	2,3	2,4	2,5	2,5	2,5	2,6	- 0,1
Krankenhäuser	2,4	2,5	2,7	2,8	2,7	2,8	- 0,1
Sozialversicherung	2,7	2,8	2,9	2,9	2,8	3,1	- 0,3
Gerichte	2,8	2,8	3,0	3,0	2,8	3,1	- 0,3
Stadt- bzw. Gemeindeverwaltung	2,8	2,9	3,1	3,1	3,0	3,1	- 0,1
Finanzämter	2,8	2,9	3,1	3,2	3,0	3,2	- 0,2
Schulen	2,9	3,0	3,1	3,2	3,2	3,2	0
Sozialämter	3,2	3,2	3,4	3,4	3,3	3,6	- 0,3
Arbeitsämter	3,3	3,4	3,6	3,5	3,5	3,8	- 0,3
Landesministerien	3,1	3,4	3,5	3,6	3,5	3,7	- 0,2
Bundesministerien	3,2	3,6	3,7	3,8	3,8	3,9	- 0,1

forsa.

4 Das Beamtenprofil

Wie bereits in den Vorjahren werden Beamte auch aktuell am ehesten als verantwortungs- und pflichtbewusst (61 bzw. 59 %) und als zuverlässig (53 %) wahrgenommen. 47 Prozent halten Beamte für kompetent, 44 Prozent für hilfsbereit, 38 Prozent für unbestechlich, aber nur 13 Prozent für flexibel.

Von den eher negativen Eigenschaften wird den Beamten weiterhin am ehesten eine gewisse Sturheit attestiert (42 %). 34 Prozent sehen Beamte als mürrisch, 29 Prozent als arrogant, 16 Prozent als überflüssig, jeweils 18 Prozent als ungerecht oder ängstlich an.

Angesichts des während der Regierungszeit der „Ampel"-Koalition zu registrierenden Vertrauensverlustes staatlicher Institutionen werden auch den Beamten im Vergleich zum letzten Jahr seltener die eher positiven Eigenschaften zugeschrieben.

Das Beamtenprofil 2024

Folgende Eigenschaften treffen auf Beamte zu:	2007	2008	2009	2022	2023	2024	2025	Veränderung zu 2024
	%	%	%	%	%	%		
verantwortungsbewusst	70	71	72	64	62	64	61	- 3
pflichtbewusst	75	76	78	64	63	63	59	- 4
zuverlässig	66	67	70	55	56	55	53	- 2
kompetent	59	60	64	50	52	52	47	- 5
hilfsbereit	57	59	66	48	48	48	44	- 4
unbestechlich	37	38	45	38	40	40	38	- 2
flexibel	28	28	34	15	15	15	13	- 2
stur	54	51	48	49	45	43	42	- 1
mürrisch	-	-	-	33	39	36	34	- 2
arrogant	41	40	33	32	36	31	29	- 2
überflüssig	24	22	20	20	22	18	16	- 2
ungerecht	26	21	20	18	20	16	18	+ 2
ängstlich	20	20	20	19	17	18	18	0

forsa.

5 Das Ansehen einzelner Berufsgruppen

Seit der ersten „dbb Bürgerbefragung öffentlicher Dienst“ im Jahr 2007 wurde jedes Jahr ermittelt, welches Ansehen einzelne Berufsgruppen in der Bevölkerung genießen. Hierfür werden den Befragten verschiedene Berufsgruppen genannt mit der Bitte jeweils anzugeben, ob diese Berufsgruppe bei ihnen persönlich ein eher hohes oder eher geringes Ansehen genießt.

Wie bereits in den Vorjahren wird auch aktuell das „Berufe-Ranking“ von den Feuerwehrleuten angeführt, von denen 92 Prozent ein (sehr) hohes Ansehen haben. Es folgen im Ansehensranking Krankenpflegekräfte (89 %), Altenpflegekräfte (87 %) und Ärztinnen und Ärzte (82 %).

Von Polizistinnen und Polizisten haben 79 Prozent, von Erzieher/-innen im Kindergarten bzw. der Kita 77 Prozent und von Müllmännern bzw. -frauen sowie Richterinnen und Richtern jeweils 68 Prozent ein (sehr) hohes Ansehen.

Von Beamten und Beamtinnen haben aktuell unverändert 35 Prozent ein (sehr) hohes Ansehen.

Das geringste Ansehen haben wie bereits im letzten Jahr Mitarbeitende in einer Telefongesellschaft (12 %) Politikerinnen und Politiker (11 %), Versicherungsvertreter/-innen (7 %) und Mitarbeitende einer Werbeagentur (5 %).

Den größten Ansehensgewinn konnten in diesem Jahr Briefträgerinnen und Briefträger sowie Unternehmer/innen (jeweils +4 Prozentpunkte) verzeichnen. Das Vertrauen in Ärztinnen und Ärzte ist um 4 Prozentpunkte gesunken.

forsa.

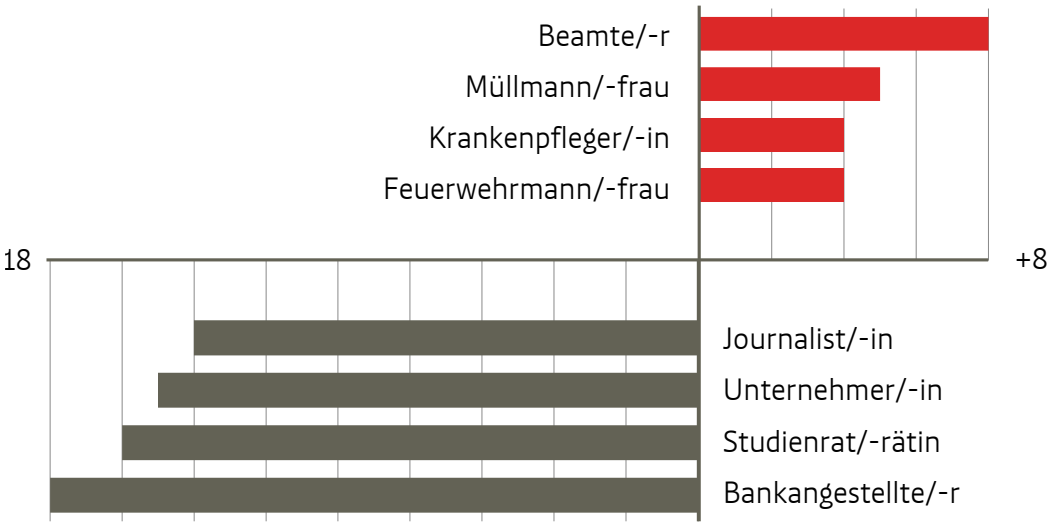
Ansehen einzelner Berufsgruppen

Es haben ein (sehr) hohes Ansehen:	2007	2020	2021	2022	2023	2024	2025	Veränderung zu 2024
	%	%	%	%	%	%	%	
Feuerwehrmann/-frau	90	93	94	93	94	94	92	- 2
Krankenpfleger/-in	85	87	89	88	89	90	89	- 1
Altenpfleger/-in	-	86	87	85	84	86	87	+ 1
Arzt/Ärztin	86	87	88	86	85	86	82	- 4
Polizist/-in	78	82	85	78	78	81	79	- 2
Erzieher/-in im Kindergarten/Kita	-	78	81	75	76	78	77	- 1
Müllmann/-frau	63	70	70	70	72	70	68	- 2
Richter/-in	77	67	69	64	65	70	68	- 2
Techniker/-in	-	64	67	64	65	67	68	+ 1
Kanal-Klärwerksmitarbeiter/-in	-	62	65	63	65	63	66	+ 3
Soldat/-in	-	46	53	57	60	65	66	+ 1
Lehrer/-in	63	67	69	63	64	66	65	+ 2
Pilot/-in	-	62	66	64	64	63	65	+ 2
Hochschulprofessor/-in	-	70	67	60	63	64	61	- 3
Förster/-in	-	61	62	61	60	58	60	+ 2
Briefträger/-in	52	54	52	52	53	52	56	+ 4
Lokführer/-in	-	62	60	56	55	53	52	- 1
Justizvollzugsbeamte/-r	-	55	55	52	52	54	51	- 3
Unternehmer/-in	61	42	40	39	40	41	45	+ 4
Studienrat/-rätin	53	45	45	39	40	39	38	- 1
EDV-Sachbearbeiter/-in	43	30	34	32	33	35	34	- 1
Steuerberater/-in	47	36	36	34	35	34	34	0
Journalist/-in	47	42	41	32	31	32	29	- 3
Beamte/-r	27	37	34	31	32	35	35	0
Bankangestellte/-r	38	23	24	21	23	23	24	+ 1
Gewerkschaftsfunktionär/-in	23	25	27	21	23	22	22	0
Steuerbeamter/-in	28	25	25	22	23	23	21	- 2
Mitarbeitende einer Telefongesellschaft	19	13	13	12	13	11	12	+ 1
Politiker/-in	20	24	22	17	14	14	11	0
Versicherungsvertreter/-in	11	8	8	7	8	6	7	+ 1
Mitarbeitende in einer Werbeagentur	18	11	10	8	8	6	5	- 1

forsa.

Die folgende Übersicht stellt die „Gewinner“ und „Verlierer“ im Beruferanking im Vergleich zu 2007 dar.

Ansehen einzelner Berufsgruppen – Veränderungen von 2007 zu 2025



Angaben in Prozentpunkten

forsa.

6 Die wichtigsten Aufgaben des Staates

Die Befragten wurden gebeten anzugeben, für wie wichtig sie derzeit – angesichts der verschiedenen Krisen in der Welt und in Deutschland – verschiedene Aufgaben des Staates halten. Insgesamt hält eine (große) Mehrheit der Befragten alle abgefragten staatlichen Aufgaben für wichtig oder sogar sehr wichtig.

Die höchste Priorität hat für die Befragten die Verbesserung der Infra- und Verkehrsstruktur: diese Aufgabe des Staates halten 52 Prozent für „sehr wichtig".

49 Prozent halten die Reform und Stabilisierung der sozialen Sicherungssysteme, 45 Prozent den Ausbau und die Stärkung des Zivil- und Katastrophenschutzes, zum Schutz der Bevölkerung im Falle von Krisen und Naturkatastrophen, für „sehr wichtig".

Den Ausbau und die Modernisierung und Digitalisierung des öffentlichen Dienstes halten 40 Prozent, die Bewältigung der Herausforderungen zur Integration von Migranten und Geflüchteten 38 Prozent, die Verbesserung der Ausrüstung und der Einsatzbereitschaft der Bundeswehr 37 Prozent und Investitionen für den Klimaschutz wie den Ausbau der erneuerbaren Energien 35 Prozent für „sehr wichtig".

Für nicht ganz so wichtig werden verstärkte Bemühungen um die Wahrung des Völkerrechts in der Welt (24 %) und die Schaffung gleicher Lebensverhältnisse in Stadt und Land (22 %) gehalten.

forsa.

Wichtigkeit verschiedener Aufgaben des Staates: Übersicht

	Die jeweilige Aufgabe des Staates halten für			
	sehr wichtig	wichtig	weniger wichtig	unwichtig
	%	%	%	%
Verbesserung der Infra- und Verkehrsstruktur	52	40	5	1
Die Reform und Stabilisierung der sozialen Sicherungssystems	49	40	7	1
Ausbau und Stärkung des Zivil- und Katastrophenschutzes, zum Schutz der Bevölkerung im Falle von Krisen und Naturkatastrophen	45	44	8	1
Den Ausbau sowie die Modernisierung und Digitalisierung des öffentlichen Dienstes	40	44	12	3
Bewältigung der Herausforderungen zur Integration von Migranten und Geflüchteten	38	36	14	8
Verbesserung der Ausrüstung und der Einsatzbereitschaft der Bundeswehr	37	38	16	7
Investitionen für den Klimaschutz wie den Ausbau der erneuerbaren Energien	35	33	19	11
Verstärkte Bemühungen um die Wahrung des Völkerrechts in der Welt	24	38	24	9
Die Schaffung gleicher Lebensverhältnisse in Stadt und Land	22	43	27	4

an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

forsa.

Häufiger als in den letzten Jahren wird die Verbesserung der Infra- und Verkehrsstruktur für „sehr wichtig“ erachtet (+ 6 Prozentpunkte im Vergleich zu 2024).

Etwas an Bedeutung verloren im Vergleich zum letzten Jahr hat die Verbesserung der Ausrüstung und der Einsatzbereitschaft der Bundeswehr (- 3 Prozentpunkte).

Wichtigkeit verschiedener Aufgaben des Staates: Zeitvergleich

Folgende Aufgaben des Staates halten für sehr wichtig:	2022	2023	2024	2025	Veränderung zu 2024
	%	%	%	%	
Verbesserung der Infra- und Verkehrsstruktur	45	47	46	52	+ 6
Den Ausbau sowie die Modernisierung und Digitalisierung des öffentlichen Dienstes	44	44	40	40	0
Verbesserung der Ausrüstung und der Einsatzbereitschaft der Bundeswehr	33	36	40	37	- 3
Investitionen für den Klimaschutz wie den Ausbau der erneuerbaren Energien	53	46	37	35	- 2
Bewältigung der Herausforderungen zur Integration von Migranten und Geflüchteten	-	38	37	38	+ 1
Die Schaffung gleicher Lebensverhältnisse in Stadt und Land	27	30	22	22	0

forsa.

Die Priorisierung der Aufgaben unterscheidet sich in Ost und West mitunter deutlich. So halten die Befragten aus Westdeutschland häufiger als die Befragten aus Ostdeutschland den Ausbau und die Stärkung des Zivil- und Katastrophenschutzes, die Verbesserung der Ausrüstung und der Einsatzbereitschaft der Bundeswehr und Investitionen in den Klimaschutz wie den Ausbau der erneuerbaren Energien für sehr wichtig.

Befragte aus Ostdeutschland halten die Verbesserung der Infra- und Verkehrsstruktur sowie die Schaffung gleicher Lebensverhältnisse in Stadt und Land häufiger für sehr wichtig.

Wichtigkeit verschiedener Aufgaben des Staates III

Folgende Aufgaben des Staates halten für sehr wichtig:	insgesamt %	Ost %	West %
Verbesserung der Infra- und Verkehrsstruktur	52	57	51
Die Reform und Stabilisierung der sozialen Sicherungssystems	49	50	49
Ausbau und Stärkung des Zivil- und Katastrophenschutzes, zum Schutz der Bevölkerung im Falle von Krisen und Naturkatastrophen	45	38	46
Den Ausbau sowie die Modernisierung und Digitalisierung des öffentlichen Dienstes	40	38	41
Bewältigung der Herausforderungen zur Integration von Migranten und Geflüchteten	38	35	40
Verbesserung der Ausrüstung und der Einsatzbereitschaft der Bundeswehr	37	23	39
Investitionen für den Klimaschutz wie den Ausbau der erneuerbaren Energien	35	24	37
Verstärkte Bemühungen um die Wahrung des Völkerrechts in der Welt	24	24	24
Die Schaffung gleicher Lebensverhältnisse in Stadt und Land	22	30	20

forsa.

Die Reform und Stabilisierung der sozialen Sicherungssysteme, die Bewältigung der Herausforderungen zur Integration von Migranten und Geflüchteten und Investitionen für den Klimaschutz halten die Anhänger der SPD, der Grünen und der Linke häufiger als die Anhänger der CDU/CSU oder der AfD für sehr wichtig.

Die Anhänger der Union legen deutlich höhere Priorität als die Anhänger der anderen Parteien auf die Verbesserung der Ausrüstung und der Einsatzbereitschaft der Bundeswehr.

Wichtigkeit verschiedener Aufgaben des Staates IV

Folgende Aufgaben des Staates halten für sehr wichtig:	insgesamt	Anhänger der:				
		CDU/CSU	SPD	Grünen	Linke	AfD
	%	%	%	%	%	%
Verbesserung der Infra- und Verkehrsstruktur	52	50	50	56	61	54
Die Reform und Stabilisierung der sozialen Sicherungssystems	49	48	58	58	64	42
Ausbau und Stärkung des Zivil- und Katastrophenschutzes, zum Schutz der Bevölkerung im Falle von Krisen und Naturkatastrophen	45	54	50	48	37	42
Den Ausbau sowie die Modernisierung und Digitalisierung des öffentlichen Dienstes	40	47	47	50	40	30
Bewältigung der Herausforderungen zur Integration von Migranten und Geflüchteten	38	38	47	48	55	37
Verbesserung der Ausrüstung und der Einsatzbereitschaft der Bundeswehr	37	61	41	31	12	31
Investitionen für den Klimaschutz wie den Ausbau der erneuerbaren Energien	35	27	53	85	63	4
Verstärkte Bemühungen um die Wahrung des Völkerrechts in der Welt	24	20	30	41	51	14
Die Schaffung gleicher Lebensverhältnisse in Stadt und Land	22	19	18	21	36	23